



Mario Senn, Vizepräsident  
Felsenhofstrasse 26  
8134 Adliswil  
Tel: 079 796 12 04  
E-Mail: mario.senn@fdp-adliswil.ch

## **Medienmitteilung**

Adliswil, 14. August 2006

### **FDP Adliswil sagt Nein zur KOSA-Initiative**

Die FDP Adliswil lehnt die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ ab und warnt ausdrücklich vor den Folgen einer Annahme.

Die zusätzlichen Mittel, welche der AHV bei einer Annahme zugute kämen, würden bei weitem nicht ausreichen, um die zukünftige Finanzierungslücke unserer Altersversorgung zu stopfen. Sie wäre bloss ein sprichwörtlicher Tropfen auf den heissen Stein. Die FDP Adliswil ist der Ansicht, dass die durch die erfreuliche Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung verursachte Finanzierungslücke langfristig sinnvoll und generationengerecht gestopft werden sollte: Den jungen Generationen dürfen nicht stets noch mehr Lasten übertragen werden.

Denn bei einer Annahme der Initiative würden den Kantonen wichtige finanzielle Mittel entgehen. Als Folge davon müssten auf Kantonsebene die Steuern angehoben oder die staatlichen Leistungen reduziert werden. Letztlich müssten also die Steuerzahlenden diese zusätzlichen AHV-Mittel indirekt, via höhere Steuern oder geringere Leistungen, bezahlen. Eine solche intransparente Quersubventionierung ist abzulehnen.

Die Schweizerische Nationalbank hat grossen Anteil an der stabilen Lage der Schweizer Exportwirtschaft. Das soll so bleiben. In keinem anderen wirtschaftlich erfolgreichen Land betreibt die Zentralbank neben Geld- auch Sozialpolitik. Der Zielkonflikt zwischen Sozial- und Geldpolitik würde die Wirtschaft unnötig verunsichern und Arbeitsplätze gefährden.

Die Haltung der sozialdemokratischen Befürworter ist unehrlich. Sie profilieren sich zwar als Kämpfer gegen die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV. Gleichzeitig verschweigen sie aber, dass bei einer Annahme höhere Steuern auf Kantonsebene drohen. Zudem fordern sie in ihrer Europa-Plattform implizit eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf 15%. Dazu passt die Aussage des Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Dr. Serge Gaillard, „wir wollten diese Initiative nicht; jetzt haben wir sie halt“.

Für die Freisinnigen sind das genügend gute Gründe, die Initiative abzulehnen. Sie empfehlen darum allen liberal denkenden Adliswilern, am 24. September ein Nein in die Urne zu legen. Zum Wohle einer stabilen und gesunden Wirtschaft.

FDP Adliswil